

**X4****Titel** SPD erneuern: Für eine inhaltliche Neuaufstellung**AntragstellerInnen** Hessen-Süd**Zur Weiterleitung an** angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

---

## SPD erneuern: Für eine inhaltliche Neuaufstellung

- 1 Seit der Bundestagswahl diskutiert die SPD unter dem Stichwort "Erneuerung" über die inhaltliche, organisa-  
2 torische und personelle Neuaufstellung der SPD.
- 3 Die Mitglieder haben mehrheitlich entschieden, diesen Prozess aus der großen Koalition heraus zu organi-  
4 sieren. Innerhalb und außerhalb der SPD wird jetzt zurecht erwartet, dass dieser Erneuerungsprozess nun  
5 konkret ausgestaltet wird.
- 6 Inhaltlich muss die SPD klären, wie sie die rasanten Veränderungen in der Arbeitsgesellschaft positiv gestal-  
7 ten will. Abstiegsängste, die sich bis tief in die Mittelschicht festgesetzt haben, muss sie mit der Stärkung von  
8 Mitbestimmung, sozialem Fortschritt, der Modernisierung der Sicherungssysteme und einer Vision davon, wie  
9 wir künftig leben und arbeiten werden, beantworten. Fehler in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik der Vergan-  
10 genheit müssen mit den richtigen Weichenstellungen für die Zukunft korrigiert werden.
- 11 Die Debatte um die inhaltliche Neuaufstellung der SPD muss offen innerhalb und außerhalb der Partei mit  
12 Vorfeldorganisationen, Bündnispartner\*innen und Multiplikator\*innen geführt werden.
- 13 Folgende nicht abschließende Eckpunkte stehen dabei für die neue SPD:
- 14 **Auch im digitalen Wandel: Sichere Arbeit und faire Löhne statt prekäre Jobs**
- 15 Als **Sozialdemokratische Partei** müssen wir die Arbeitsgesellschaft der Zukunft positiv gestalten. Die Verän-  
16 derungen in der Arbeitswelt dürfen wir nicht den Kräften des Marktes oder den Regeln der Stärkeren über-  
17 lassen. Viele verbinden mit der Zukunft Prekarisierung und Entmenschlichung von Jobs, Arbeitsplatzverlust,  
18 Abbau der sozialen Absicherung, Einschnitte in der Mitbestimmung, weniger Teilhabe am erwirtschafteten  
19 Wohlstand. Solchen Dystopien müssen wir mit positiven Gegenentwürfen entgegentreten.
- 20 **Arbeitsversicherung und Chancenkonto einführen**
- 21 Beschäftigte, die sich den Veränderungen stellen, brauchen Förderung und staatliche Unterstützung statt so-  
22 zialen Druck. Deswegen muss die SPD den Umbau der Arbeitslosenversicherung in eine Arbeitsversicherung  
23 konsequent weitergehen. Diese muss konkrete Leistungen auch für Beschäftigte anbieten. Dazu gehört auch  
24 ein wieder aufladbares Chancenkonto, mit dem Beschäftigte Unterbrechungszeiten und Qualifizierungspha-  
25 sen finanzieren können. Die Veränderungen in der Arbeitswelt werden weniger als Bedrohung empfunden,  
26 wenn Beschäftigte hinreichend abgesichert sind.
- 27 **Beschäftigteninteressen im digitalen Kapitalismus schützen**
- 28 Die rechtliche Absicherung der Interessen der Beschäftigten muss auch im digitalen Kapitalismus ein Gegen-  
29 gewicht zur Macht der Arbeitgeber bilden. Dafür brauchen wir insbesondere ein umfassendes Mitwirkungs-  
30 und Initiativrecht im Bereich der Digitalisierung für Betriebsräte. Die örtliche Zuständigkeit von Betriebsräten  
31 über das Territorialprinzip muss ausgeweitet werden, damit rechtliche Standards nicht
- 32 grenzüberschreitende Digitalisierung unterwandert werden. Hierzu müssen vor
- 33 allem Kompetenzen und Mitbestimmungsrechte von Europäischen

34 Betriebsräten gestärkt werden; Leitlinie muss dabei das deutsche  
35 Betriebsverfassungsgesetz sein. Im Arbeitsrecht muss die Durchsetzung von  
36 Datenschutzvorschriften über ein Sonderkündigungsrecht für Betroffene und ein  
37 Verbandsklagerecht erleichtert werden (zugunsten von Einrichtungen,  
38 Organisationen oder Vereinigungen ohne Gewinnerzielungsabsicht, die im Bereich  
39 des Schutzes der Rechte und Freiheiten von betroffenen Personen tätig sind).

#### 40 **Leih- und Zeitarbeit eindämmen**

41 Der Missbrauch von Leih- und Zeitarbeit muss entschieden bekämpft werden. Zwei-  
42 Klassen Belegschaften und die dauerhafte Ausbeutung über Leih- und  
43 Zeitarbeitsfirmen darf sich für den Arbeitgeber nicht lohnen. Deswegen muss es  
44 gleiche Anstellungsbedingungen für die Stammbesellschaft und entlehene  
45 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ab dem ersten Tag geben. Kettenbefristungen  
46 für Arbeitsplätze müssen unabhängig von der konkreten Person des Beschäftigten  
47 verboten werden.

#### 48 **Normalarbeitszeit verkürzen, Arbeitszeitgestaltung flexibilisieren**

49 Arbeitsverdichtung, Erschöpfung, Millionen von Überstunden bundesweit und immer  
50 weniger Zeit für Freizeit, Ehrenamt und Familie verlangen nach einer  
51 Neuorganisation der Arbeitszeit. Die frühere Familienministerin Schwesig brachte  
52 eine 32-Stunden-Woche ins Gespräch. Die IG Metall hat die Arbeitszeitthemen zu  
53 einem Hauptkonfliktpunkt ihrer aktuellen Tarifikampagne gemacht. Die  
54 Normalarbeitszeit muss kürzer werden um mehr Freiräume zu schaffen. Gleichzeitig  
55 trägt eine kürzere Vollzeit bei Lohnausgleich dazu bei, Arbeit auch bei sinkendem  
56 Arbeitsvolumen gerechter zu verteilen. Arbeitszeitflexibilisierung darf keine  
57 Einbahnstraße sein. Wir müssen die Interessen der Beschäftigten für die  
58 Arbeitszeitwahl rechtlich absichern. Gesetzlich geregelt werden müssen das Recht  
59 auf Bildungsteilzeit, das Recht zur verkürzten Vollzeit, verbindliche Vorgaben für  
60 mobile Arbeit und die Pflicht zur Erfassung von Arbeitszeiten sowie der Schutz vor  
61 ihrem Verfall müssen mit Freiräumen für tarifliche Abweichungen.

#### 62 **Soziales und ökologisches Wirtschaften bei Auftragsvergabe fördern**

63 Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge dürfen keine Anreize für Niedriglöhne und  
64 Ausbeutung gesetzt werden. Vergabegesetze müssen die Auftragsvergabe stärker  
65 an soziale und ökologische Kriterien wie Tarifbindung, Ausbildungsquote und  
66 nachhaltige Produktion statt an den billigsten Preis koppeln. Gerade mit dem hohen  
67 öffentlichen Auftragsvolumen haben die Kriterien für die öffentliche Auftragsvergabe  
68 ein starkes Gewicht.

#### 69 **Mindestlohn erhöhen**

70 Die Lohnuntergrenze in Gestalt des gesetzlichen Mindestlohns muss auch zu einer

71 auskömmlichen Rente führen. Dazu braucht es eine drastische Anhebung des  
72 Mindestlohns. Die von Olaf Scholz angeführte Höhe von 12 EUR / Stunde ist derzeit  
73 geeignet. Sie muss sich künftigen Preis- und Lohnentwicklungen anpassen.  
74 Ausnahmen beim Mindestlohn für unter 18-jährige und Langzeitarbeitslose  
75 sind abzuschaffen. Zur Durchsetzung des Mindestlohns benötigen wir mehr  
76 Personal in der Finanzkontrolle Schwarzarbeit und strengere  
77 Dokumentationspflichten.“

#### 78 **Inklusion statt Ausgrenzung - auch in Vorständen**

79 Wir wollen eine inklusive Gesellschaft bis in die Chef\*innenetagen hinein. Die  
80 Zentrierung von Macht und Ressourcen auf Wenige in einer Gesellschaft, in der Erfolg  
81 noch immer zum großen Teil von der Herkunft und dem Hintergrund der Eltern  
82 abhängt, muss überwunden werden. Wir brauchen Kampagnen für mehr Vielfalt in  
83 Vorständen. Förderprogramme für Frauen\*, Menschen mit Migrationshintergrund und  
84 Menschen mit Behinderung müssen implementiert werden.

#### 85 **Auskömmliche Renten statt Altersarmut**

86 Wertschätzung für gute Arbeit und Renten, von denen man auch in der Stadt leben kann,  
87 sind zwei Seiten einer Medaille. Deswegen hat die Bekämpfung von Altersarmut für uns eine  
88 hohe Priorität. Wer ein Leben lang gearbeitet hat, darf im Alter nicht auf Grundsicherung  
89 fallen. Gleichzeitig kann es angesichts unterschiedlicher Ausbildungsdauern und  
90 körperlichen Anforderungen von Berufsbildern kein starres Renteneintrittsalter für alle  
91 geben. Wir wollen die umlagefinanzierte, solidarische gesetzliche Rente (GRV) wieder  
92 zur Hauptsäule der Altersvorsorge machen. Sie muss vor allem so gestaltet werden,  
93 dass sie den Lebensstandard sichert und nicht zur Grundsicherung verkommt. Dazu  
94 müssen die Bezüge wieder steigen.

#### 95 **Frauen und Altersarmut**

96 Gerade bei Frauen, die häufig Brüche in ihrem Arbeitsleben haben und / oder über  
97 lange Zeiträume in Teilzeitbeschäftigungen arbeiten, lässt sich das Thema  
98 "Altersarmut" nicht ohne höhere Beitragsleistungen in der Einzelphase lösen.  
99 Deswegen ist der Rückkehranspruch in Vollzeit auch ein wichtiger Beitrag gegen  
100 Altersarmut. Darüber hinaus braucht es für kleine Einkommen, oder durch  
101 Unterbrechungen aufgrund von z.B. Care Arbeit, mit reduzierten Sozialabgaben  
102 Steuerzuschüsse in die Rentenkasse. Verminderte Beiträge dürfen nicht zu  
103 verminderten Rentenbezügen führen.

#### 104 **Bedarfsunabhängige Mindestrente einführen**

105 Für langjährige Beschäftigte muss es eine bedarfsunabhängige Mindestrente geben.  
106 Langjährig meint 35 Beitragsjahre oder vergleichbare Anrechnungszeiten wie  
107 häusliche Pflege. Die Gestaltung der Grundrente muss anerkennen, dass

108 Antragstellende in ihrem Arbeitsleben erhebliche Leistungen erbracht haben. Sie  
109 muss deswegen deutlich (mind. 10 %) über der Grundsicherung einschließlich  
110 Wohnkosten liegen und darf nicht vom Ersparten abhängig sein.

#### 111 **Umverteilung zugunsten kleiner und mittlerer Einkommen in der Rente**

112 Die Spreizung der Einkommen liegt heute anders als bei Schaffung der  
113 Sozialsysteme soweit auseinander, dass eine solidarische Alterssicherung ohne  
114 Umverteilung innerhalb der Rentenversicherung kaum denkbar ist. Gleichzeitig sind  
115 die Verdienstquellen vielfältiger. Daran muss sich die Rentenversicherung anpassen.  
116 Deswegen braucht es eine Einbeziehung aller Einkunftsarten in die  
117 Rentenversicherung, die Aufhebung der Bemessungsgrenze und gleichzeitig eine  
118 Begrenzung der Rentenbezüge durch eine Deckelung oder einen degressiven Effekt  
119 um kleine und mittlere Renten zu stärken.

#### 120 **Starres Renteneintrittsalter verhindern**

121 Nicht jede Ausbildung dauert gleich lang. Nicht jedes Berufsbild ist körperlich gleich  
122 fordernd. Deswegen kann es auch kein starres Renteneintrittsalter für alle geben. Wir  
123 müssen an der abschlagsfreien Rente für langjährige Beschäftigte mit 45  
124 Beitragsjahren oder gleichrangigen Anrechnungszeiten wie häusliche  
125 Pflegeleistungen festhalten.

#### 126 **Chancen statt Hartz IV**

127 Mit der Einführung des Arbeitslosengeld I und II hat die SPD in der Sozialpolitik vor allem  
128 den Aspekt des Forderns unterstrichen und den sozialen Druck auf Viele erhöht. Der Begriff  
129 Hartz IV steht heute für Armut, Stigmatisierung und fehlende Teilhabe. Es ist Zeit für eine  
130 soziale Agenda. Für eine aktivierende Sozialpolitik muss es insbesondere eine Perspektive  
131 für Langzeitarbeitslose in die Selbstbestimmtheit geben. Hierzu sind eine realistische  
132 Neubemessung der ALG II-Regelsätze nötig und Kürzungen des Existenzminimums  
133 als Sanktion abzuschaffen. Schwerpunkt muss endlich die Förderung von  
134 Arbeitslosen sein. Absteigsängste müssen gemindert werden indem Lebensleistungen für  
135 den Fall der Arbeitslosigkeit stärker gewürdigt werden. Und gerade im Wandel der  
136 Arbeitswelt muss das soziale Netz für Arbeitslose, die sich auf Veränderungen einlassen  
137 und weiterbilden, breiter aufgestellt werden.

#### 138 **Arbeitslosengeld I für Qualifikationsphasen verlängern**

139 Menschen, die sich nach Arbeitsplatzverlust weiterqualifizieren um auf dem sich  
140 verändernden Arbeitsmarkt Anschluss zu finden, müssen über das Arbeitslosengeld I  
141 künftig stärker unterstützt werden. Die von Bundesarbeitsministerin Nahles  
142 entwickelte Verlängerung der Bezugsdauer für Qualifizierungsphasen  
143 (Arbeitslosengeld Q) ist hierfür ein geeigneter Schritt. Auch mit diesem Instrument  
144 werden wir aktivierende und fördernde Sozialpolitik stärken und Absteigsängste

145 abbauen.

#### 146 **Solidarisches Grundeinkommen schaffen**

147 Erwerbsarbeit steht in unserer Gesellschaft nicht nur für den Lebensunterhalt  
148 sondern für eine Aufgabe, die Millionen von Langzeitarbeitslosen verwehrt ist.  
149 Deswegen brauchen wir ein solidarisches Grundeinkommen. Hinter dem Modell der  
150 Berliner SPD, das mittlerweile vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung  
151 unterstützt wird, steht ein Rechtsanspruch auf Arbeit. Mittel aus der Verwaltung von  
152 Arbeitslosen werden gebündelt, um freiwillige, sozialversicherungspflichtige und  
153 unbefristete Arbeitsplätze auf Mindestlohnbasis zu schaffen. Langzeitarbeitslose  
154 übernehmen dabei gemeinnützige Aufgaben, die sonst nicht für Kommunen  
155 finanzierbar sind (bspw. in Vereinen, für Alleinerziehende,  
156 Mobilitätseingeschränkte, bei landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften  
157 oder in der Flüchtlingshilfe). Das solidarische Grundeinkommen schafft so  
158 Perspektiven aus der Langzeitarbeitslosigkeit und stärkt die öffentliche  
159 Daseinsvorsorge.

#### 160 **Schonvermögen erhöhen**

161 Das Schonvermögen für Arbeitslosengeld II muss drastisch erhöht werden. Nur  
162 einem Bruchteil der Antragstellenden, die das Arbeitslosengeld II beantragen, nutzt  
163 das Schonvermögen. Die Übrigen müssen ihr Ersparnis aus jahrelangen  
164 Arbeitsleistungen aufbrauchen, bis sie einen Anspruch auf Arbeitslosengeld II  
165 geltend machen können. Das geringe Schonvermögen hat zu den Abstiegsängsten  
166 unter Beschäftigten mit beigetragen. Lebensleistungen müssen künftig stärker  
167 berücksichtigt werden.

#### 168 **Kindergrundsicherung einführen, Bildungschancen stärken**

169 Die Chancen von Kindern sind extrem ungleich verteilt. Begünstigt wird dies dadurch,  
170 dass Kinder weniger finanziell gefördert werden, je schlechter die Erwerbssituation  
171 ihrer Eltern ist. 2,8 Millionen Kinder, das ist jedes fünfte, gelten als arm. Deswegen  
172 brauchen wir eine Kindergrundsicherung, die sich am Existenzminimum von Kindern  
173 ausrichtet. Darüber hinaus müssen wir uns auf allen Ebenen dafür einsetzen, Bildung  
174 und Betreuung einschließlich aller Nebenkosten wie wie Lehrmittel, Klassenfahrten  
175 und gemeinsames Essen kostenfrei zu stellen um allen Kindern Teilhabe zu  
176 garantieren.

#### 177 **Investitionen statt schwarze Null**

178 Über Jahre war die deutsche Finanzpolitik von der Schuldenbremse und der schwarzen Null  
179 geprägt. Auch die SPD hat diese Begriffe mantraartig vor sich hergetragen und  
180 Verteilungskonflikte aus dem öffentlichen Diskurs verdrängt. Die schwarze Null ist kein  
181 finanzpolitisches Programm. Für die großen Investitionsbedarfe bei Bildung und Infrastruktur

182 müssen wir künftig die staatliche Einnahmeverantwortung stärken und die Lastenverteilung  
183 gerechter ausgestalten.

#### 184 **Öffentliche Investitionsquoten erhöhen**

185 Seit Jahren gehen öffentliche Investitionsquoten zurück. Marode Infrastruktur und  
186 Rückstand in technologischen Fragen sind die Folge. Die öffentlichen  
187 Investitionsquoten müssen nachhaltig steigen. Insbesondere Niedrigzinsphasen  
188 müssen genutzt werden um Sanierungsrückstände anzugehen. Gleichzeitig muss die  
189 öffentliche Hand finanzielle Polster schaffen um bei schlechter Konjunktur Aufträge  
190 zu vergeben und Beschäftigungsschübe auszulösen.

#### 191 **Vermögen stärker besteuern**

192 400 Milliarden werden jährlich vererbt. Nicht einmal 2 % Steuern fallen darauf an.  
193 Demgegenüber hängt die Hauptlast in der Finanzierung des Sozialstaats an der  
194 arbeitende Mitte. Das müssen wir ändern. Großvermögen müssen für die  
195 Finanzierung des Gemeinwesens künftig einen höheren Beitrag leisten. Dafür  
196 brauchen wir die Besteuerung von Großvermögen bzw. Großerschaften  
197 reformieren. Es ist daher an der Zeit, die Vermögenssteuer wieder einzuführen.  
198 Dabei sind die aktuellen Werte von Grund und Immobilien zu berücksichtigen.  
199 Dank der hohen Konzentration von Privatvermögen führt auch die Besteuerung  
200 einer sehr kleinen Gruppe von Vermögenden zu hohen Einnahmen.

#### 201 **Konzernen Steuerflucht erschweren**

202 Es braucht eine weitgehende Harmonisierung der Steuerpolitik in Europa. Es  
203 müssen Mindestsätze für die Besteuerung vom Unternehmen und  
204 vermögenden Bürgern festgelegt werden, damit zumindest die EU-Staaten  
205 nicht länger versuchen, sich über Lockangebote für Konzerne gegenseitig um  
206 Milliardeneinnahmen zu prellen. Betroffen wären insbesondere die  
207 Körperschafts-, die Kapitalertrags- und die Erbschaftssteuer.

#### 208 **Finanztransaktionssteuer**

209 Die Finanztransaktionssteuer sollte auf alle Käufe und Verkäufe von  
210 Wertpapieren und Währungen aller Art erhoben werden, insbesondere auch  
211 auf alle spekulativen Finanzprodukte wie Derivate.

#### 212 **Gleiche Besteuerung von Arbeits- und Kapitaleinkommen**

213 Kapitalgewinne dürfen gegenüber Arbeitseinkommen nicht weiter privilegiert  
214 werden. Daher muss die Abgeltungssteuer abgeschafft werden. So sollen  
215 Zinsen, Dividenden, Erträge aus Investmentfonds und Zertifikaten sowie alle  
216 privaten Veräußerungsgewinne aus Wertpapieren wieder der progressiven  
217 Einkommenssteuer unterworfen werden, wobei der Freibetrag auf 2000 EUR  
218 erhöht werden sollte.

**219 Nachhaltige Industriepolitik statt Umweltromantik**

220 Als Industriepartei müssen wir die ökologische Dimension des Wirtschaftens mitdenken.  
221 Unsere Maxime ist, Wohlstand ressourcen- und umweltschonend zu gestalten und gerecht  
222 zu verteilen. Der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen ist für uns Teil der sozialen Frage.  
223 Dabei setzen wir insbesondere auf die Förderung moderner Technologien und  
224 Standortbedingungen ein, unter denen ökologisch wertvolle Industrieproduktion erhalten  
225 bleiben kann. Das unterscheidet uns von anderen Parteien wie Bündnis90 / Die Grünen.  
226 Nachhaltige Industriepolitik dient auch dem Umweltschutz. Die dezentrale Energie- und  
227 Verkehrswende müssen wir als Leuchtturmprojekte konsequent vorantreiben.

**228 dezentrale Energiewende**

229 Der dezentralen Energiewende müssen wir mit verlässlicher Einspeisevergütung, mit  
230 Planungssicherheit für kleine Investoren und mit der Ausweisung weiterer Flächen  
231 auch gegen Widerstände der Energielobbyisten wieder neue Impulse verleihen.  
232 Hermann Scheer hat mit dem Gesetz für Erneuerbare Energien die  
233 Demokratisierung des Energiesektors massiv vorangetrieben und dabei gleichzeitig  
234 den Anteil sauberer Energie an der Stromerzeugung massiv erhöht. Regionale  
235 Wertschöpfung, die Schaffung von sicheren Arbeitsplätzen für Bau und Wartung von  
236 kleinen Anlagen und der Ausstieg aus der fossilen Energieversorgung gehören  
237 zusammen. Dieser Wandel ist durch die Knappheit der Vorrangflächen an Land und  
238 die Einschränkung bei der Vergütung, die im Ergebnis nur die großen Versorger  
239 begünstigt, ins Stocken geraten. Zentralistische Entwicklungen müssen wir stoppen:  
240 Sie verdrängen kleine Investoren wieder aus dem Markt und schränken den  
241 Wettbewerb ein. Sie sind wirtschaftspolitisch nicht förderlich, weil sie die Regionen  
242 wieder von der Wertschöpfungskette abkoppeln. Und sie sind nicht nachhaltig, weil  
243 sie auf die Errichtung überflüssiger, und regelmäßig auch ökologisch fragwürdiger,  
244 Netz- und Transportstrukturen angewiesen sind. Strom soll tendenziell da erzeugt  
245 werden, wo er gebraucht wird.

**246 Verkehrswende**

247 Die Zukunft der Mobilität ist nachhaltig und ökologisch zu gestalten.  
248 Elektromobilität ist, ob batterie- oder stromnetzbetrieben oder sogar auf  
249 Wasserstoffverbrennung basierend, der Schlüssel für saubere Innenstädte. Und sie  
250 wird vollständigen Ausstieg aus der fossilen Energieversorgung beschleunigen, weil  
251 Über- und Unterkapazitäten der Stromversorgung mit intelligenten  
252 Mobilitätskonzepten ausgeglichen werden können. Um solche Wechselwirkungen zu  
253 nutzen müssen wir die Elektromobilität massiv ausbauen. Es braucht öffentlichrechtliche  
254 Unterstützung für den Aufbau von Batterieproduktion und Ladeinfrastruktur  
255 um der Industrie Schub zu verleihen. Abgekoppelte Schienenstrecken sind wieder zu

256 elektrifizieren. In den Innenstädten brauchen wir große Umrüstprogramme für  
257 kommunale Omnibusverkehre, die auf Verbrennungsmotoren basieren. Gleichzeitig  
258 muss die Forschungsförderung ausgebaut werden um die bisher ökologisch nicht  
259 zufriedenstellenden Lebenszyklusbilanzen der Fahrzeuge zu verbessern.

#### 260 **Standort stärken statt Probleme verlagern**

261 Energie- und Verkehrswende stehen gleichermaßen für eine ökologisch wertvolle  
262 Industriepolitik. Unser Ziel muss es sein, Arbeitsplätze in diesen Bereichen zu  
263 erhalten und auszubauen. Der Schutz der Umwelt und der natürlichen  
264 Lebensgrundlagen muss dabei kein Widerspruch sein, wenn ein Teil der  
265 Wertschöpfung wieder in technischen Fortschritt investiert wird. Wir brauchen den  
266 New Deal für Technologie- und Innovationsförderung, den die  
267 Industriegewerkschaften seit langem fordern. Gleichzeitig müssen wir auch im  
268 Interesse von Umwelt- und Klimaschutz verhindern, dass Industriearbeitsplätze  
269 aufgrund von Preisdruck in Staaten mit niedrigeren Umweltschutzvorschriften  
270 abwandern. Zusatzabgaben- und Steuern, die den Standort über das hohe  
271 Lohnniveau hinaus verteuern, sind daher abzulehnen. Globaler Klimaschutz heißt  
272 auch ökologisch wertvolle Industrieproduktion zu schützen und zu erhalten.

#### 273 **Liberale Sicherheitspolitik statt Überwachungsstaat**

274 Alle Menschen haben das Recht sicher zu leben und sich frei zu bewegen. Als  
275 Grundbedürfnis hat Sicherheit daher auch hohe Priorität für die SPD. Sicherheitspolitik heißt  
276 für uns jedoch nicht mehr Kameraüberwachung, mehr Datensammeln und eine komplette  
277 Überwachung unseres alltäglichen Lebens. Wir wollen stattdessen die Polizei und Behörden  
278 in die Lage versetzen ihre Aufgaben optimal zu erfüllen. Deswegen brauchen wir gut  
279 ausgestattete Sicherheitsbehörden. Wir wollen darüber hinaus Kriminalität in seinen  
280 Ursprüngen bekämpfen. Deswegen ist Sicherheitspolitik für uns nicht nur Repression  
281 sondern beginnt bereits mit Prävention.

282 Wir brauchen mehr Personal, bessere Sachausstattung und Ausrüstung in Polizei,  
283 Sicherheitsbehörden und Justiz. Der Polizeiberuf muss hinsichtlich Gehalt,  
284 Arbeitsbedingungen und Vereinbarkeit von Familie und Beruf attraktiver gestaltet  
285 werden um mehr junge Menschen für die Polizeiberuf zu gewinnen. In der Justiz sind  
286 mehr Stellen zu schaffen. Der Staat muss in der Verfolgung von Straftaten  
287 durchsetzungsfähig sein. Dafür braucht es schnellere Verfahren statt lange  
288 Wartezeiten.

289 Sicherheit erreichen wir nicht durch immer mehr Daten, sondern durch effektive  
290 Auswertung vorhandener Daten. Dafür braucht es insbesondere eine bessere  
291 Koordination der Behörden. Die Innenministerkonferenz muss die Grundlage für  
292 einheitliche Schnittstellen zur Datenverarbeitung und Analyse schaffen und den

293 länderübergreifenden Datenaustausch erleichtern. Wir brauchen eine bessere und  
294 praxisnahe Vernetzung der einzelnen Länderbehörden. Gleiches gilt im  
295 europäischen Maßstab. Auch hier braucht es eine bessere Zusammenarbeit  
296 zwischen den Mitgliedstaaten und effektiven Datenaustausch statt  
297 Renationalisierung des innereuropäischen Grenzschutzes.

298 Schließlich müssen wir Kriminalität verhindern bevor sie entsteht. Dafür braucht es  
299 mehr Prävention durch mehr Sozialarbeiter\*innen. Das gilt insbesondere an Schulen  
300 oder in Vollzugsanstalten um Rückfälle zu einzudämmen. Wichtig ist auch eine  
301 stärkere Kooperation von Schulen und Jugendhilfe. Im Bereich der  
302 Terrorismusprävention braucht es eine Bundesstelle für islamistische Prävention, die  
303 gemeinsam mit den Ländern koordinierend tätig ist. Die staatliche Förderung für  
304 Präventions- und Deradikalisierungsprogramme wie beispielsweise das „Violence  
305 Prevention Network“ oder „Heroes“ oder der zahlreichen Programme gegen rechte  
306 Gewalt müssen ausgebaut werden.

307 Neustart in der Pflege und im Gesundheitswesen

308 Zur Verbesserung der jetzigen Situation in der Pflege und im  
309 Gesundheitswesen sind konkrete und grundlegende Veränderungen  
310 notwendig. Wichtige Ansatzpunkte sind u.a, die Schaffung eines gesetzlich  
311 festgelegten Personalschlüssels, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in  
312 der Pflege, die Reduzierung der Arbeitszeit, eine Erhöhung des  
313 Pflegemindestlohns und die Verbesserung der Ausbildungsqualität. Der  
314 Rückzug des Staates aus gesundheits-, sozial- und Pflegeeinrichtungen muss  
315 gestoppt und rückgängig gemacht werden. Darüber hinaus fordern wir die  
316 Einführung einer Bürgerversicherung.

317 Das kapitalistische Denken wirkt auch auf unser Konsumverhalten.

318 Konsumieren hat für viele Bürger\*innen eine belohnende Funktion, teure  
319 Gegenstände gelten als Statussymbol. Wir wollen eine Gesellschaft, die nicht  
320 immer mehr und immer teureres kaufen will, sondern die Bewusstsein dafür  
321 gewinnt, was unser Konsum in Teilen der Welt anrichtet. Wir wollen den  
322 Wandel der Gesellschaft zu mehr Nachhaltigkeit und Umweltbewusstsein –  
323 denn unser Konsum produziert Müll und in einer vermüllten Umwelt werden wir  
324 auf Dauer nicht leben können. Die Plastikproduktion von Unternehmen muss  
325 gesetzlich eingeschränkt werden, Recycling mehr gefördert und Konzepte, wie  
326 die Subventionierung der Reparatur von nicht mehr funktionstüchtigen oder  
327 beschädigten Geräten, zum Vorbild genommen werden.